

# Rechtsgrundlagen

Für diesen Bebauungsplan gelten  
- das Bundesbaugesetz (BBauG) in der Fassung vom 18. August 1976, geändert durch Artikel 9 Nr. 1 der Vereinfachungs-Novelle vom 3. Dezember 1976 und durch das Gesetz zur Beschleunigung von Verfahren und zur Erleichterung von In-stituten im Städtebaurecht vom 6. Juli 1979.  
- die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BaunVO) in der Fassung vom 15. September 1977.

## Planzeichenerklärung

### Maß der baulichen Nutzung

10 Geschosflächenzahl	III Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze
3,0 Baumassenzahl	0,2 Grundflächenzahl
0,2 Grundflächenzahl	III Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze
	III Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze

### Bauweise, Baulinien, Baugrenzen

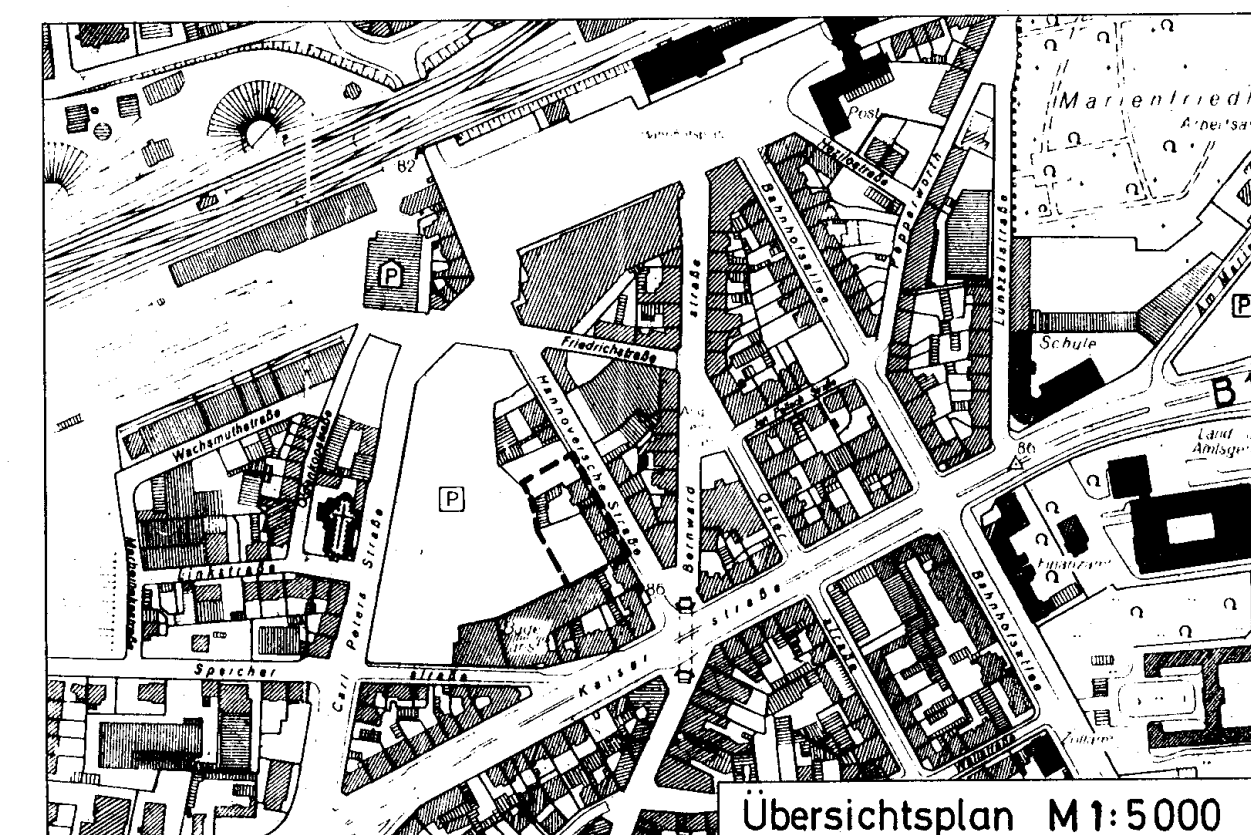
offene Bauweise	g geschlossene Bauweise
offene Bauweise	offene Bauweise
offene Bauweise	offene Bauweise
offene Bauweise	offene Bauweise
offene Bauweise	offene Bauweise
offene Bauweise	offene Bauweise

### Einrichtungen und Anlagen zur Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des öffentlichen und privaten Bereichs, Flächen für den Gemeinbedarf

Flächen für den Gemeinbedarf	Flächen für den Gemeinbedarf
Flächen für den Gemeinbedarf	Flächen für den Gemeinbedarf
Flächen für den Gemeinbedarf	Flächen für den Gemeinbedarf
Flächen für den Gemeinbedarf	Flächen für den Gemeinbedarf
Flächen für den Gemeinbedarf	Flächen für den Gemeinbedarf
Flächen für den Gemeinbedarf	Flächen für den Gemeinbedarf

### Sonstige Planzeichen

Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen	St. Stellplätze	GSt. Gemeinschaftsstellplätze
Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen	GSt. Gemeinschaftsstellplätze	GSt. Gemeinschaftsstellplätze
Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen	GSt. Gemeinschaftsstellplätze	GSt. Gemeinschaftsstellplätze
Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen	GSt. Gemeinschaftsstellplätze	GSt. Gemeinschaftsstellplätze
Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen	GSt. Gemeinschaftsstellplätze	GSt. Gemeinschaftsstellplätze
Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen	GSt. Gemeinschaftsstellplätze	GSt. Gemeinschaftsstellplätze






# STADT HILDESHEIM

## 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 167 für das Gebiet westlich der Hannoverschen Straße

Maßstab 1:500



<p>Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 13.11.1986). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei.</p> <p>Hildesheim, den 2.12.1986</p> <p>Stadtvermessungsamt <i>Dr. J. Müller</i></p>	<p>Für die Aufstellung des Planentwurfs.</p> <p>Hildesheim, den 2.12.1986</p> <p>Stadtplanungsamt <i>W. J. Müller</i></p>	<p>Die Aufstellung dieses Bebauungsplanes wurde gem. § 2 (1) BBauG (neueste Fassung) vom Rat der Stadt in seiner Sitzung am 15.12.86 beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am 14.1.1987 in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekanntgemacht. Die öffentliche Darlegung gem. § 2 a (2) BBauG erfolgte vom 19.1.1987 bis 16.2.1987. Gleichzeitig bestand allgemein Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.</p> <p>Hildesheim, den 17.2.1987</p> <p>Der Oberstadtdirektor Im Auftrage <i>W. J. Müller</i></p>	<p>Dem Entwurf mit Begründung zur Aufstellung dieses Bebauungsplanes hat der Rat der Stadt Hildesheim gem. § 2 Bundesbaugesetz (neueste Fassung) in der Sitzung am 30.3.1987 zugestimmt und die öffentl. Auslegung gem. § 2 a (6) BBauG beschlossen.</p> <p>Hildesheim, den 31.3.1987</p> <p>Der Oberstadtdirektor Im Auftrage <i>W. J. Müller</i></p>	<p>Der Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat gem. § 2 a (6) Bundesbaugesetz (neueste Fassung) in der Zeit vom 13.4.1987 bis 12.5.1987 zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegen. Die Auslegung ist am 3.4.1987 mit dem Hinweis auf die Möglichkeit zur Erhebung von Anregungen und Bedenken während der Auslegungsfrist in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekanntgemacht worden.</p> <p>Hildesheim, den 13.5.1987</p> <p>Der Oberstadtdirektor Im Auftrage <i>W. J. Müller</i></p>
<p>Der Entwurf zur Aufstellung dieses Bebauungsplanes wurde aufgrund der gem. § 2 a (6) Bundesbaugesetz (neueste Fassung) vorgebrachten Anregungen und Bedenken geändert. Der Rat der Stadt Hildesheim hat in der Sitzung am 31.8.1987 als Satz beschlossen. Die Begründung ist gem. § 9 Baugesetzbuch beigelegt, ihr wurde zugestimmt.</p> <p>Hildesheim, den 1.9.1987</p> <p>Der Oberstadtdirektor Im Auftrage <i>W. J. Müller</i></p>	<p>Dieser Bebauungsplan wurde gem. § 10 Baugesetzbuch (neueste Fassung) und der Niedersächsischen Gemeindeordnung (neueste Fassung) vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung vom 31.8.1987 als Satz beschlossen. Die Begründung ist gem. § 9 Baugesetzbuch beigelegt, ihr wurde zugestimmt.</p> <p>Hildesheim, den 1.9.1987</p> <p>Oberbürgermeister (L.S.) <i>W. J. Müller</i></p>	<p>Die Bebauungsplanänderung ist gem. § 11 Abs. 1 BaUG an 29.10.1987 angezeigt worden.</p> <p>Eine Verletzung von Rechtsvorschriften wurde gem. § 11 Abs. 3 BaUG unter Auflagen / mit Nebenbestimmungen / mit Ausnahme des durch ... nicht geltend gemacht.</p> <p>BEZIRKSVERWALTUNG HANNOVER Zulassung <i>W. J. Müller</i></p>	<p>Die Durchführung des Anzeigeverfahrens des Bebauungsplanes ist gem. § 12 BaUG am 17.2.1988 im Amtsblatt für den Landkreis Hildesheim bekanntgemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit am 17.2.1988 rechtsverbindlich geworden und liegt zu jedermanns Einsicht bereit.</p> <p>Hildesheim, den 17.2.1988</p> <p>Der Oberstadtdirektor Im Auftrage <i>W. J. Müller</i></p>	<p>Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes ist die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht geltend gemacht worden.</p> <p>Hildesheim, den 13.5.1987</p> <p>Der Oberstadtdirektor Im Auftrage <i>W. J. Müller</i></p> <p>Innerhalb von 7 Jahren nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes sind Mängel der Abwägung nicht geltend gemacht worden.</p> <p>Hildesheim, den 13.5.1987</p> <p>Der Oberstadtdirektor Im Auftrage <i>W. J. Müller</i></p>